

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	VII
<b>Einleitung . . . . .</b>	<b>1</b>
<b>1. Kapitel: Das Sanktionssubjekt im Kartellrecht . . . . .</b>	<b>5</b>
§ 1 Einführung in die Thematik . . . . .	5
I. Problemstellung: Die Zuschreibung von Verantwortlichkeit bei der Auferlegung von Kartellbussen im Konzern . . . . .	5
1. Das Konzept der wirtschaftlichen Einheit als Zurechnungsgrund . . . . .	5
a) Europäisches Wettbewerbsrecht . . . . .	5
b) Schweizerisches Wettbewerbsrecht . . . . .	7
2. Die Akzo-Vermutung als «Vorbild»? . . . . .	8
3. Antitrust Compliance Programme als Entlastungsbeweis . . . . .	9
II. Ziel der Arbeit: Individuelles Verantwortlichkeitskonzept . . . . .	11
§ 2 Gang der Untersuchung . . . . .	12
I. Erstes Kapitel: Die Zurechnungspraxis im europäischen und schweizerischen Kartellrecht . . . . .	12
II. Zweites Kapitel: Die Dogmatik der zivilrechtlichen Konzernhaftung . . . . .	12
III. Drittes Kapitel: Zurechnungsgrundsätze des Unternehmensstrafrechts . . . . .	14
§ 3 Eingrenzung der Untersuchung . . . . .	15
I. Zuschreibung von Unterlassungsverantwortung . . . . .	15
II. Keine Grundsatzdiskussion zum kartellrechtlichen Sanktionensystem als selbständiges Regelsystem . . . . .	17
III. Sanktionierung von Unternehmen . . . . .	18
IV. Verwaltungsrechtliche Unzulässigkeit . . . . .	18
V. Keine Fragen zur nachträglichen Bildung wirtschaftlicher Einheiten . . . . .	18
VI. Die Zurechnungsfrage bei vollständiger Kapitalbeteiligung . . . . .	19
VII. Sanktionsbemessung – Antitrust Compliance Programme . . . . .	19
VIII. Keine Einzelheiten des Bussgeldverfahrens . . . . .	20
§ 4 Das Sanktionssubjekt im europäischen Wettbewerbsrecht . . . . .	20
I. Einführung . . . . .	20
1. Rechtliche Grundlagen . . . . .	20
2. Geldbussen als Instrument der Wettbewerbspolitik . . . . .	22

3.	Weiter Ermessensspielraum der Kommission . . . . .	22
4.	Das Unternehmen als Adressat der Kartellbusse . . . . .	24
	a) Der funktionale Unternehmensbegriff . . . . .	24
	b) Der Konzern als wirtschaftliche Einheit . . . . .	25
	c) Unternehmensträger als Sanktionsadressat . . . . .	27
5.	Verschuldensmassstab . . . . .	29
II.	Das Konzept der wirtschaftlichen Einheit in der Zurechnungspraxis der europäischen Wettbewerbsbehörden . . . . .	30
1.	Einleitung . . . . .	30
2.	Die Funktionen des Konzepts der wirtschaftlichen Einheit . . . . .	33
	a) Konzernprivileg . . . . .	33
	b) Zurechnungsgrund . . . . .	34
3.	Die Höhe der Kapitalbeteiligung als massgebendes Kriterium zur Bestimmung der wirtschaftlichen Einheit . . . . .	38
	a) Die Bedeutung des Beteiligungsanteils in der Zurechnungspraxis der Kommission . . . . .	38
	b) Der Beteiligungsanteil in der Rechtsprechung der Unionsgerichte . . . . .	39
	aa) Die Leitentscheidung Stora Koppabergs Bersglas . . . . .	39
	bb) Die Regel «100% plus x» . . . . .	41
	cc) Die Leitentscheidung AkzoNobel . . . . .	43
	dd) Bestätigung der Akzo-Vermutung in Sachen General Química . . . . .	45
	c) Der Anwendungsbereich der Akzo-Vermutung . . . . .	46
	aa) Mehrstufige wirtschaftliche Einheiten . . . . .	46
	bb) Kapitalbeteiligung von 98% bis 100% . . . . .	48
4.	Die bestimmende Einflussnahme als massgebendes Kriterium zur Bestimmung der wirtschaftlichen Einheit . . . . .	50
	a) Kapitalmehrheit unter 98% . . . . .	50
	b) Wichtige Indizien für die fehlende Autonomie der Tochtergesellschaft . . . . .	51
	aa) Einheitliches Auftreten gegenüber der Kommission . . . . .	51
	bb) Business and Personal Links . . . . .	52
	cc) Grundsätzliche Ausrichtung der Geschäftspolitik . . . . .	53
5.	Haftungsrechtliche Spezialkonstellationen . . . . .	54
	a) Gemeinschaftsunternehmen . . . . .	54
	aa) Einleitung . . . . .	54
	bb) Joint Venture und Muttergesellschaften als wirtschaftliche Einheit? . . . . .	55
	cc) Nachweis der fehlenden Unabhängigkeit des Joint Ventures . . . . .	57
	dd) Bestimmung der verantwortlichen Muttergesellschaft	59

ee) Voraussetzungen für die Bejahung der bestimmenden Einflussnahme . . . . .	60
ff) Schlussfolgerung . . . . .	62
b) Horizontaler Haftungsdurchgriff bei Schwestergesellschaften . . . . .	64
c) Holdinggesellschaft als zulässiges Sanktionssubjekt . . . . .	66
6. Fazit zum Geltungsumfang der Figur der wirtschaftlichen Einheit als Zurechnungskonzept . . . . .	68
III. Der Entlastungsbeweis . . . . .	69
1. Beweisfragen zur Widerlegbarkeit der Akzo-Vermutung . . . . .	69
a) Einleitung . . . . .	69
b) Tatsächliche Einflussnahme auf den operativen Geschäftsbereich? . . . . .	70
c) Der Begriff des Geschäftsverhaltens in der jüngsten Kartellrechtspraxis . . . . .	71
d) Kein abstrakter Beweisstandard zur Widerlegung der Vermutung . . . . .	73
e) Die Sperrwirkung in mehrstufigen Konzernen . . . . .	75
f) Entlastungsmöglichkeit nur mittels negativer Tatsachen . . . . .	75
g) Der Entlastungsbeweis als Spiegelbild zum Nachweis der tatsächlichen Einflussnahme . . . . .	76
2. Der Entlastungsbeweis vor der Akzo-Rechtsprechung . . . . .	76
3. Jüngste Entwicklungen zur Widerlegbarkeit der Akzo-Vermutung . . . . .	77
a) Hohe Anforderungen an die Begründungspflicht von Kommission und EuG . . . . .	77
aa) L'Air Liquide und Edison . . . . .	77
bb) Grolsch . . . . .	79
cc) Elf Aquitaine . . . . .	80
dd) Würdigung . . . . .	80
b) Reine Finanzinvestitionen . . . . .	81
c) Zu den Urteilen des EuG und EuGH in Sachen Gosselin . . . . .	81
d) Fazit und Ausblick . . . . .	84
4. De facto Unwiderlegbarkeit der Vermutung? . . . . .	84
IV. Compliance im europäischen Wettbewerbsrecht . . . . .	86
1. Der Begriff «Compliance» . . . . .	87
2. Antitrust Compliance Programme . . . . .	88
3. Fehlende Berücksichtigung von Compliance in der Sanktionspraxis . . . . .	90
V. Die Kritik an der europäischen Zurechnungspraxis . . . . .	93
1. Einleitung . . . . .	93
2. Rechtsstaatliche Einwände . . . . .	94

a) Die Bussgeldauferlegung im europäischen Wettbewerbsrecht als «strafrechtliche Anklage» gemäss Art. 6 EMRK . . . . .	94
aa) Die rechtliche Natur der europäischen Kartellbussen . . . . .	94
bb) Allgemeine rechtsstaatliche Verfassungsgrundsätze . . . . .	95
cc) Die Garantien der EMRK und der EU-Grundrechtecharta . . . . .	95
dd) Kartellbisse als «strafrechtliche Anklage» gemäss Art. 6 EMRK . . . . .	96
ee) Die Schwere des Vorwurfs als Massstab zur Bestimmung des Geltungsumfangs der Garantien der EMRK . . . . .	99
b) Verletzung des Schuldgrundsatzes . . . . .	100
aa) Schuldhafte Zuwiderhandlung der Tochtergesellschaft . . . . .	100
bb) Geltung des Schuldprinzips bei der Zurechnung im Konzern? . . . . .	103
cc) Verletzung des Grundsatzes der persönlichen Verantwortlichkeit . . . . .	105
dd) Fehlende Kausalität zwischen Einflussnahme und Wettbewerbsverstoss . . . . .	107
ee) Verletzung der Unschuldsvermutung . . . . .	108
ff) Fazit: Unvereinbarkeit von Schuldgrundsatz und funktionalem Unternehmensbegriff . . . . .	111
c) Verletzung von Legalitätsprinzip und Bestimmtheitsgebot . . . . .	113
aa) Fehlende gesetzliche Grundlage zur Begründung einer akzessorischen Haftung . . . . .	113
bb) Fehlende Bestimmtheit der Rechtsfigur der wirtschaftlichen Einheit . . . . .	116
d) Zur Frage der Zulässigkeit der «kartellrechtlichen Gesamtschuldbusse» . . . . .	117
3. Gesellschaftsrechtliche Einwände . . . . .	119
4. Prozessuale Einwände . . . . .	123
VI. Zwischenfazit und Änderungsvorschläge zur Zurechnungspraxis im europäischen Kartellrecht . . . . .	124
<b>§ 5 Das Sanktionssubjekt im schweizerischen Wettbewerbsrecht . . . . .</b>	<b>126</b>
I. Grundlagen zur Sanktionierung . . . . .	126
1. Einführung . . . . .	126
2. Entwicklung des schweizerischen Kartellrechts . . . . .	127
a) Orientierung am EU-Wettbewerbsrecht . . . . .	127
b) Schweizerisches KG und EU-Kartellrecht: Unterschiede und Annäherung . . . . .	131

c) Fragwürdige Orientierungsfunktion der europäischen Zurechnungspraxis . . . . .	132
d) Die Bedeutung des EU-Wettbewerbsrechts für die Schweiz . . . . .	133
3. Geltungsbereich des schweizerischen KG . . . . .	133
a) Räumlicher Geltungsbereich . . . . .	134
b) Sachlicher Geltungsbereich . . . . .	135
aa) Treffen von Wettbewerbsabreden . . . . .	135
bb) Ausübung von Marktmacht . . . . .	136
cc) Beteiligung an Unternehmenszusammenschlüssen . . . . .	136
c) Persönlicher Geltungsbereich . . . . .	136
aa) Der Unternehmensbegriff . . . . .	136
bb) Der Konzern im Besonderen . . . . .	138
II. Die Sanktionierung von Kartellverstößen gemäss Art. 49a KG . . . . .	140
1. Einleitung . . . . .	140
2. Sanktionierter Tatbestand: Art. 5 Abs. 3 und 4 KG, Art. 7 KG	141
3. Die Rechtsnatur der Sanktion gemäss Art. 49a Abs. 1 KG . . . . .	143
4. Die Garantien der EMRK im kartellrechtlichen Sanktionsverfahren . . . . .	144
a) Einleitung . . . . .	144
b) Bestimmtheitsgebot . . . . .	147
c) Schuldprinzip . . . . .	149
aa) Strikt objektive Verantwortlichkeit . . . . .	149
bb) Analogie zu Art. 102 StGB? . . . . .	154
cc) Keine kartellrechtsspezifischen Kriterien der Fahrlässigkeit . . . . .	157
dd) Unzulässiger Rückschluss des objektiven Kartellverstosses auf einen Organisationsmangel . . . . .	158
ee) Sorgfaltsmassstab . . . . .	159
ff) Vermeidbarkeit als zwingendes Zurechnungskriterium? . . . . .	160
gg) Der Schuldgrundsatz bei der Bestimmung des Sanktionssubjekts im Konzern . . . . .	162
hh) «In dubio pro reo» . . . . .	163
ii) Fazit: Stärkere Individualisierung bei der Zuschreibung von Verantwortlichkeit . . . . .	163
5. Die Bedeutung von Compliance im schweizerischen Kartellrecht . . . . .	167
a) Regelungsstand in der Schweiz . . . . .	167
b) Diskussionspunkte in der Lehre . . . . .	170
c) Delegation von «Best Practice Compliance» im Konzern	173
6. Die Sanktionsbemessung im Konzern . . . . .	174

III.	Die Bestimmung des Sanktionssubjekts in der Praxis . . . . .	176
1.	Einleitung . . . . .	176
2.	In Sachen «Wettbewerbsabreden im Strassen- und Tiefbau im Kanton Aargau» . . . . .	178
a)	Verfügungssadressaten . . . . .	179
aa)	Muttergesellschaft . . . . .	179
bb)	Tochtergesellschaft . . . . .	181
b)	Prüfung der «Vorwerfbarkeit» . . . . .	182
c)	Würdigung . . . . .	182
3.	In Sachen «BMW» . . . . .	185
4.	In Sachen «Nikon» . . . . .	186
5.	In Sachen «SIX/Terminals mit Dynamic Currency Conversion (DCC)» . . . . .	187
a)	Verfügungssadressaten . . . . .	187
b)	Prüfung der «Vorwerfbarkeit» . . . . .	188
c)	Würdigung . . . . .	189
6.	In Sachen «Baubeschläge für Fenster und Fenstertüren» . . . . .	189
a)	Verfügungssadressaten . . . . .	190
b)	Prüfung der «Vorwerfbarkeit» . . . . .	190
c)	Würdigung . . . . .	191
7.	In Sachen «Komponenten für Heiz-, Kühl- und Sanitäranlagen» . . . . .	191
a)	Verfügungssadressaten . . . . .	192
b)	Prüfung der «Vorwerfbarkeit» . . . . .	193
c)	Würdigung . . . . .	193
8.	In Sachen «Publigroupe» . . . . .	194
a)	Sanktionsverfügung der Weko vom 5. März 2007 . . . . .	194
aa)	Verfügungssadressaten . . . . .	194
bb)	Prüfung der «Vorwerfbarkeit» . . . . .	195
cc)	Würdigung . . . . .	195
b)	Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 27. April 2010 . . . . .	195
aa)	Verfügungssadressaten . . . . .	196
bb)	Prüfung der «Vorwerfbarkeit» . . . . .	196
cc)	Würdigung . . . . .	198
c)	Urteil des Bundesgerichts vom 29. Juni 2012 . . . . .	198
9.	Weitere Sanktionsentscheide der Weko . . . . .	199
a)	Elektroinstallationsbetriebe Bern . . . . .	199
b)	Preispolitik Swisscom ADSL II . . . . .	200
c)	Swisscom ADSL . . . . .	203
d)	Terminierung Mobilfunk . . . . .	205
e)	Publikation von Arzneimittelinformationen . . . . .	207
IV.	Schlussfolgerung . . . . .	208

V.	Zusammenfassung und Ausblick zur Bestimmung des Sanktionssubjekts im Wettbewerbsrecht . . . . .	210
1.	Status quo der Zurechnungspraxis im europäischen Kartellrecht . . . . .	210
2.	Undifferenzierte dogmatische Gleichbehandlung des Konzerns . . . . .	211
3.	Status quo der Zurechnungspraxis im schweizerischen Kartellrecht . . . . .	212
4.	Uneinheitliche Praxis bei der Bestimmung des Sanktionssubjekts . . . . .	213
5.	Die Prüfung eines objektiven Sorgfaltsmangels . . . . .	213
6.	Anleihen für ein individuelles Verantwortlichkeitskonzept . . . . .	214
<b>2. Kapitel: Kartellbussen im Konzern vor dem Hintergrund zivilrechtlicher Konzernhaftungsdogmatik</b>	215	
§ 1	Konzernrechtliche Haftungsgrundsätze . . . . .	215
I.	Grundlagen des Konzernrechts . . . . .	215
1.	Flexibilität als einer der praktisch grössten Vorteile des Konzerns . . . . .	215
2.	Kein gesetzlich geregeltes Konzernrecht in der Schweiz und der EU . . . . .	216
3.	Wesensmerkmale des Konzerns . . . . .	216
4.	Wichtigste Abgrenzungen . . . . .	219
a)	Holding . . . . .	219
b)	Kartell . . . . .	220
c)	Zweigniederlassung und Fusion . . . . .	220
d)	Joint Venture . . . . .	221
5.	Faktischer Unterordnungskonzern im Fokus . . . . .	222
6.	Zentralisierte und dezentralisierte Konzerne . . . . .	222
7.	Mögliche Strukturen eines Konzerns . . . . .	223
a)	Stammhauslösung . . . . .	224
b)	Holdinglösung . . . . .	224
c)	Management-Gesellschaft . . . . .	224
d)	Divisionale Konzerne . . . . .	224
II.	Würdigung und Ausblick . . . . .	225
§ 2	Führung im Konzern: Konzernparadox im Fokus . . . . .	226
I.	Einleitung . . . . .	226
II.	Konzernleitungspflicht? . . . . .	228
III.	Minimale Pflichten der Konzernleitung . . . . .	229
IV.	Maximal zulässige Einflussnahme der Konzernleitung . . . . .	231
1.	Der Widerspruch zwischen Art. 663e aOR und Art. 716a OR	231

2. Die Minimalpflichten des Verwaltungsrats der Tochtergesellschaft . . . . .	232
a) Die verschiedenen Lehrmeinungen . . . . .	232
b) Fazit: Aufsichts- und Organisationspflicht als Residualaufgabe der Tochter . . . . .	237
V. Compliance-Aufgabenzuteilung im Fokus . . . . .	237
VI. Konnex zum Von Roll-Entscheid . . . . .	240
VII. Die Bedeutung der zivilrechtlichen Organisationsverantwortung eines jeden Rechtsträgers für das Konzept der wirtschaftlichen Einheit im Kartellrecht . . . . .	240
<b>§ 3 Die Dogmatik der zivilrechtlichen Konzernhaftungstatbestände im Einzelnen . . . . .</b>	<b>242</b>
I. Grundlagen . . . . .	242
1. Organisationsverschulden aus zivilrechtlicher Sicht . . . . .	243
2. Das Handeln der juristischen Person durch ihre Organe . . . . .	244
3. Das gesellschaftsrechtliche Trennungsprinzip als Ausgangspunkt der zivilrechtlichen Konzernhaftung . . . . .	245
4. Fehlende gesetzliche Grundlage bei Missachtung der Konzernleitungspflicht . . . . .	247
5. Aufteilung und Eingrenzung der Haftungskategorien . . . . .	248
6. Ausblick . . . . .	249
II. Konzernhaftungstatbestände mit einem Verhaltenselement . . . . .	250
1. Die Haftung der Muttergesellschaft als Drittperson . . . . .	250
a) Die Haftung der Muttergesellschaft als Geschäftsherrin der Tochtergesellschaft . . . . .	251
aa) Subordinationsverhältnis zwischen Mutter- und Tochtergesellschaft? . . . . .	251
bb) Exzeptionsbeweis im Konzern . . . . .	253
cc) Der Einfluss der organisatorischen Nähe auf den Umfang der Aufsichtspflicht . . . . .	254
dd) Dogmatischer Ansatz für die Bestimmung des Sanktionssubjekts im Kartellrecht? . . . . .	255
b) Die deliktsrechtliche Haftung gegenüber der Tochtergesellschaft . . . . .	256
c) Die Haftung aus Konzernvertrauen . . . . .	257
aa) Treuwidriges Verhalten der Muttergesellschaft als Voraussetzung . . . . .	257
bb) Dogmatischer Ansatz für die Bestimmung des Sanktionssubjekts im Kartellrecht? . . . . .	259
d) Haftung aus Produkthaftpflichtrecht . . . . .	261
d) Die Haftung der Muttergesellschaft als Geschäftsführerin . . . . .	261
a) Einführung . . . . .	261

b)	Die Haftung der Muttergesellschaft aus Doppelorganschaft oder aus Hilfspersonenhaftung . . . . .	263
aa)	Zivilrechtliche Haftungsdogmatik . . . . .	263
bb)	Dogmatischer Ansatz für die Bestimmung des Sanktionssubjekts im Kartellrecht? . . . . .	265
c)	Die Haftung der Muttergesellschaft als faktisches Organ der Tochtergesellschaft . . . . .	266
aa)	Vorbemerkung . . . . .	266
bb)	Zivilrechtliche Haftungsdogmatik . . . . .	267
cc)	Kumulative Voraussetzungen: Faktische Organstellung, Schaden, Sorgfaltspflichtwidrigkeit, adäquate Kausalität und Verschulden . . . . .	268
dd)	Erhöhte Verantwortung aufgrund einheitlicher Leitung, aggregierten Wissens und Handlungspotential der Gesamtorganisation . . . . .	269
ee)	Spezifisch zur Frage der Haftung als faktisches Organ aus Unterlassen . . . . .	270
ff)	Zuschreibung von Unterlassungsverantwortung im Kartellrecht im Vergleich . . . . .	272
gg)	Ausblick: Garantenstellung aus gesetzlicher Konzernleistungspflicht? . . . . .	274
3.	Weitere Haftungsansätze des Zivilrechts . . . . .	275
4.	Zwischenergebnis . . . . .	275
III.	Die «Durchgriffshaftung»: Der Konzernhaftungstatbestand ohne Verhaltenselement . . . . .	277
1.	Einleitung . . . . .	277
2.	Durchgriffssachverhalte in der schweizerischen Praxis . . . . .	279
3.	Durchgriffshaftung als ultima ratio bei Konzernsachverhalten	280
4.	Würdigung . . . . .	282
a)	Zur Lehre vom Durchgriff aufgrund Rechtsmissbrauchs .	282
b)	Zur Lehre vom Durchgriff zum Zwecke sachgerechter Rechtsanwendung . . . . .	282
§ 4	Beweislastumkehr als Folge des Konzerntatbestands? . . . . .	284
§ 5	Schlussfolgerung und Ausblick . . . . .	287
<b>3. Kapitel: Die strafrechtliche Unternehmenshaftung</b>	291	
§ 1	Einleitung . . . . .	291
§ 2	Bedeutung der strafrechtlichen Dogmatik für das Kartellrecht . . . . .	291
I.	Kartellbussen als Sanktionen mit strafrechtsähnlichem Charakter	291
II.	Deliktsverhinderungspflicht der Muttergesellschaft als Überwachungsgarantin . . . . .	292

III.	Organisationsversagen des Unternehmens . . . . .	293
IV.	Die Dogmatik des fahrlässigen Unterlassungsdelikts . . . . .	293
V.	Der Unternehmensbegriff . . . . .	294
VI.	Geltung des gesellschaftsrechtlichen Trennungsprinzips . . . . .	294
VII.	Anwendbarkeit von Art. 102 StGB im internationalen Konzernverhältnis . . . . .	296
VIII.	Fazit und Ausblick . . . . .	296
§ 3	Kernfrage: Konzern-Obereaufsichtspflicht als strafbewehrte Handlungspflicht? . . . . .	297
I.	Garantenstellung der Muttergesellschaft aus Gesetz . . . . .	297
II.	Pflichtenprogramm zur Deliktsverhinderung im Konzern . . . . .	298
§ 4	Grundlagen der strafrechtlichen Unternehmenshaftung . . . . .	298
I.	Ratio und Grundstruktur von Art. 102 StGB . . . . .	298
II.	Motiv, Kritik und Praxisrelevanz . . . . .	301
III.	Der Fall «Alstom» . . . . .	301
IV.	Deliktstypus: Fahrlässiges Unterlassungsdelikt . . . . .	303
§ 5	Die Dogmatik des fahrlässigen Unterlassungsdelikts im Unternehmensstrafrecht . . . . .	304
I.	Der Konzern im Unternehmensstrafrecht . . . . .	304
1.	Der strafrechtliche Unternehmensbegriff . . . . .	304
2.	Die Bestimmung des verantwortlichen Unternehmensträgers . . . . .	306
a)	Bei Zugrundelegung eines juristischen Unternehmensbegriffs . . . . .	306
b)	Bei Zugrundelegung eines wirtschaftlichen Unternehmensbegriffs . . . . .	308
c)	Zweistufiges Zurechnungskonzept im Unternehmensstrafrecht? . . . . .	309
II.	Der unternehmensstrafrechtliche Durchgriff . . . . .	311
1.	Einführung in die Problematik . . . . .	311
2.	Die Garantenstellung der Muttergesellschaft . . . . .	312
a)	Einleitung . . . . .	312
b)	Die wirtschaftliche Einheit als Legitimation strafrechtlicher Garantenpflichten . . . . .	313
aa)	Die enge Verbundenheit als objektive Voraussetzung . . . . .	313
bb)	Wirtschaftliche Einheit und subjektive Voraussetzungen . . . . .	317
cc)	Persönliche Stellungnahme . . . . .	320
c)	Wirtschaftliche Einheit und Übernahme von Organisationsverantwortung . . . . .	321
d)	Die Holding als Spezialfall . . . . .	323

3. Gesellschaftsrechtliche Konzernleitungspflicht als strafbewehrte Garantenpflicht . . . . .	325
a) Einleitung . . . . .	325
b) Zum Einwand: Umstrittene zivilrechtliche Konzernoberaufsichtspflicht . . . . .	326
c) Zum Einwand: Reine «Innenwirkung» organschaftlicher Pflichten . . . . .	327
d) Zum Einwand: Fehlende Bestimmtheit der zivilrechtlichen Konzernleitungspflicht . . . . .	330
e) Würdigung und Ausblick . . . . .	332
4. Der Konzerntatbestand als gefahrschaffendes Vorverhalten im Sinne von Ingerenz? . . . . .	334
 III. Der Inhalt der Garantenpflicht . . . . .	336
1. Einleitung . . . . .	336
2. Konkretisierungsbedürftiger Begriff «Organisationsmangel» . . . . .	337
a) Unbestimmter Wortlaut von Art. 102 StGB . . . . .	337
b) Die Voraussetzungen von Art. 102 Abs. 2 StGB . . . . .	338
aa) Erforderlichkeit . . . . .	338
bb) Zumutbarkeit . . . . .	339
cc) Voraussehbarkeit und Vermeidbarkeit der Anlasstat . . . . .	340
c) Anknüpfung an der zivilrechtlichen Geschäftsherrenhaftung . . . . .	341
d) Anknüpfung an der strafrechtlichen Geschäftsherrenhaftung und Unterschiede . . . . .	342
e) Organisatorische Minimalanforderungen . . . . .	343
f) Fehlende Verbindlichkeit interner Regelwerke . . . . .	345
g) Fehlende generelle Organisationsstandards . . . . .	346
h) Die Konzepte «Vertrauensgrundsatz», «erlaubtes Risiko» und «Sozialadäquanz» als Begrenzung der Sorgfaltspflichten auch im Unternehmensstrafrecht? . . . . .	346
3. Individualisierter oder objektivierter Sorgfaltsmassstab . . . . .	348
4. Zurechnungszusammenhang zwischen Anlasstat und Organisationsmangel . . . . .	350
 IV. Der Inhalt der Garantenpflicht im Konzernverhältnis . . . . .	350
1. Sachadäquate Zuschreibung von Aufsichtspflichten . . . . .	351
a) Die faktische Übernahme von Organisationsverantwortung als Kriterium . . . . .	351
b) Das Postulat der zivilrechtlichen Kompetenzaufteilung als Abgrenzung strafbewehrter Deliktsverhinderungspflichten . . . . .	354
c) Bedeutung für die Bestimmung des Sanktionssubjekts im Wettbewerbsrecht . . . . .	355
2. Fazit: graduell abgestufte Konzern-Obereaufsichtspflichten . . . . .	358

V.	Die Sanktionierung von Konzernen im Unternehmensstrafrecht . . . . .	360
1.	Einleitung . . . . .	360
2.	Restriktivere Sanktionierung . . . . .	360
VI.	Zusammenfassung . . . . .	363
<b>4. Kapitel: Thesenartige Zusammenfassung</b>	365	
I.	Zuschreibung von Verantwortlichkeit im Kartellrecht . . . . .	365
1.	Eine Abwägungsfrage . . . . .	365
2.	Die Akzo-Vermutung als umstrittene Rechtsfigur . . . . .	366
a)	Verletzung rechtsstaatlicher und gesellschaftsrechtlicher Fundamentalgarantien . . . . .	366
b)	Schweizerisches Kartellrecht – Tendenz pro Akzo-Vermutung . . . . .	367
c)	Fehlende Vorbildfunktion der Akzo-Vermutung . . . . .	368
II.	Anleihen für ein individuelles Verantwortlichkeitskonzept . . . . .	371
1.	Zivilrechtliche Konzernhaftungsdogmatik . . . . .	371
a)	Garantenstellung aus Gesetz . . . . .	371
b)	Restriktiver Haftungsdurchgriff . . . . .	373
c)	Haftungsinstitut mit Orientierungsfunktion: Aktienrechtliche Verantwortlichkeit der Muttergesellschaft aus faktischer Organstellung . . . . .	374
2.	Verantwortlichkeit der Konzernspitze im Unternehmensstrafrecht . . . . .	376
a)	Die Zurechnungskriterien des fahrlässigen Unterlassungsdelikts . . . . .	376
b)	Die Muttergesellschaft als Überwachungsgarantin . . . . .	377
c)	Haftungsrechtlicher Durchgriff bei kollektivem Organisationsverschulden . . . . .	378
III.	Pflichtenprogramm der Konzernspitze zur Deliktsverhinderung im Kartellrecht . . . . .	380
1.	Massgebende Zurechnungskriterien . . . . .	380
2.	Konnex zwischen Aufsichtspflichten und Zentralisierungsgrad . . . . .	381
a)	Zentralisierung von Strategie und Finanzen . . . . .	382
b)	Tatsächliche Einflussnahme auf den operativen Geschäftsbereich . . . . .	382
IV.	Fazit . . . . .	383
<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	385	
<b>Materialienverzeichnis</b>	391	
<b>Literaturverzeichnis</b> . . . . .	393	